

des innigen Zusammenhanges zwischen Volkstum und Religionsbetätigung von katastrophaler Bedeutung sein würde. . . . Die Gefahr ist so ernst, daß selbst ein oberhirtliches Schreiben des zuständigen Bischofs notwendig erschien, das die freien französischen Grubenschulen für katholische Kinder verwarf. Sie sind ein erster Schritt zur gottlosen Laienschule . . .“<sup>65</sup>

Welche Bedeutung Haltung und Politik des Zentrums in Schul- und Bistumsfrage erlangt hatten, zeigte sich an zwei aufsehenerregenden Vorkommnissen. Während des Streiks des Jahres 1923 hatte Rault in der Ratssitzung in Genf vom April 1923 behauptet, durch die Existenz bayrischer nationalistischer Gruppen zu seinem energischen Vorgehen veranlaßt worden zu sein<sup>66</sup>. In dieser Lage hatte ein Agent der Franzosen, Kennel, durch Aufzeichnungen in seinem Notizbuch solche nationalistische Treibereien vorgetäuscht. Von den unliebsamen Persönlichkeiten an der Saar sollte Pfarrer Bungarten vor allem kompromittiert werden. Kennel hatte ihn in seinen Notizen mit der NSDAP in Verbindung gebracht<sup>67</sup>. Die Regierungskommission ließ eine Haussuchung bei Pfarrer Bungarten vornehmen, was zu einem heftigen Protest in Genf führte<sup>68</sup>. Die saarländischen Parteien kamen im Landesrat immer wieder auf die Affäre Kennel zurück<sup>69</sup>. Ein gewisses Pathos im nationalen Denken des Zentrums zeigte sich, als der Vorstand am 10. Dezember 1924 Professor Dr. Notton wegen seiner Haltung in der Schul- und Bistumsfrage aus der Partei ausschloß<sup>70</sup>. Das führte zwar eine Zeitlang zu gewissen Spannungen innerhalb der Zentrumspartei, da Notton einen Teil der Geistlichen im Saargebiet in persönlichen Aussprachen davon überzeugt hatte, daß er keine frankophile Politik treibe<sup>71</sup>. Die Geistlichen innerhalb des Führungsgremiums der Zentrumspartei blieben aber seine Gegner. Die anderen Parteien mußten anerkennen, daß das Zentrum in der Bistums- und Schulfrage eine zentrale Bedeutung in der Saarpolitik erlangt hatte. Die Unterstützung der Geistlichkeit und des Bischofs und die weltanschaulichen Komponenten im Schulkampf stellten für die Zentrumspartei außerordentlich wirksame Mittel zur Beeinflussung der Bevölkerung dar und konnten dem gemeinsamen nationalen Kampf unschätzbare Dienste leisten. Aus diesen Gründen respektierten die Sozialdemokraten und die Deutsch-Saarländische Volkspartei die Forderungen des Zentrums in der Frage der Konfessionsschule. Die Sozialdemokratische Partei hatte zwar unmittelbar nach

<sup>65</sup> S.L.Z. Nr. 254 v. 23. 9. 1923.

<sup>66</sup> S.D.N. J.O. IV,6 (1923), S. 596 f.

<sup>67</sup> Bistumsarchiv Trier, Abt. 59, Nr. 57, hier Abschrift der Kennelnotiz über Bungarten.  
<sup>68</sup> S.D.N. Dokument C. 329. 1923. I. Denkschrift der katholischen Verbände der Pfarrei St. Josef Saarbrücken-Malstatt v. 12. 4. 1923.

<sup>69</sup> Z. B.: Landesrat d. Saargeb., Sten. Ber. v. 5. 2. 1925, S. 13 u. S. 30 f.; v. 14. 2. 1925, S. 15.

<sup>70</sup> S.L.Z. Nr. 323 v. 12. 12. 1924 „Eine Entschließung des saarländischen Zentrums“; der Artikel ist im A.A. Bes. Geb. II, Saargebiet: Pol. Parteien, Bd. 1, eingefettet; auf der Rückseite findet sich eine handschriftliche Notiz: „Nach Mitteilung von H. Hillenbrand war der Beschluß nur sehr schwer herbeizuführen. Von den Geistlichen stimmte keiner dafür, sie hatten entweder vorher das Zimmer verlassen oder enthielten sich der Stimme. Entscheidend waren nur Laienstimmen.“

<sup>71</sup> A.A., a. a. O., Bd. 2, Der preußische Innenminister überreichte dem Auswärtigen Amt am 2. 2. 1926 einen Bericht über die Zentrumspartei des Saargebiets v. 11. 1. 1926, in dem diese Schwierigkeiten dargestellt wurden.